

**Finanz- und Wirtschaftsausschuss**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich**

**Sitzungstermin: Montag, 21.11.2011**

**Raum: Ratssaal des Rathauses**

**Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr**

**Sitzungsende: 17:42 Uhr**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

**ordentliche Mitglieder**

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Alexander von Essen CDU für Thorsten Menke

Herr Oliver Finkeisen CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr 2. stv. BM Klaus Hillen FFR

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr Rainer Meyer SPD

Herr Horst Segebade SPD

Herr Michael Köver B90/Grüne

**Verwaltung**

Herr Bürgermeister Dieter von Essen

Herr Günther Henkel

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Herr Frank Dudek

Herr Ralf Kobbe Protokoll

**Gäste**

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Rüdiger Kramer SPD

Frau Inge Langhorst B90/Grüne

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Frau Annika Richter von der Nordwest Zeitung Rastede  
sowie 1 weiterer Zuhörer

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Herr Thorsten Menke CDU

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"  
Vorlage: 2011/169
- 4 Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"  
Vorlage: 2011/170
- 5 Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser  
Vorlage: 2011/172
- 6 Gebührensatzsatzung 2012 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung  
Vorlage: 2011/173
- 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012  
Vorlage: 2011/190
- 8 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst eröffnet die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 16.00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"**  
**Vorlage: 2011/169**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Dudek erläutert noch einmal die in der Vorlage dargestellte Kostenrechnung für den Wochenmarkt und bemerkt, dass auf Grundlage die vorläufigen Ergebnisse aus 2009 und 2010 sowie die Nachkalkulation für 2011 der Gebührensatz für das Jahr 2012 unverändert bleiben kann.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

Der Gebührensatz wird für das Jahr 2012 nicht verändert. Er beträgt ab 2012 weiterhin 1,60 Euro pro laufende Meter.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 4**

**Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"  
Vorlage: 2011/170**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Dudek stellt anhand einiger Power-Point-Folien, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt sind, die Kostenberechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung vor. Er stellt ergänzend besonders heraus, dass die Erhöhung der Gebühr von 16,50 Euro auf 22,50 Euro nahezu ausschließlich auf die rechtliche Verpflichtung zur Deponierung des Kehrgutes zurückzuführen ist.

Frau Lamers bemerkt, dass die maßvolle Erhöhung aufgrund der gesetzlichen Vorgaben bei der Entsorgung des Kehrgutes unausweichlich ist.

Herr Köver weist darauf hin, dass die Gemeinde verpflichtet ist, eine kostendeckende Gebühr zu erheben. Er hinterfragt hinsichtlich möglicher Einspareffekte, ob es nicht möglich ist, das Kehrgut zwischenzulagern und zur Gewichtsreduzierung zu trocknen.

Herr Henkel erklärt, dass dieser augenscheinlich plausible Lösungsansatz schon getestet wurde, jedoch nicht den gewünschten Erfolg hatte, da bei der Zwischenlagerung bereits der Prozess der Verrottung einsetzte und damit bodenverunreinigende Sickersäfte freigesetzt wurden.

Herr Segebade legt dar, dass es sich um eine notwendige Gebührenanhebung handelt, die unmittelbar der Umwelt und der damit einhergehenden ordnungsgemäßen Entsorgung geschuldet ist.

**Beschlussempfehlung:**

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „Straßenreinigung“ folgender Gebührensatz ab 2012 festgelegt wird:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 22,50 Euro pro Einheit.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 5**

**Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser**

**Vorlage: 2011/172**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Dudek stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2 der Niederschrift) das vorläufige Ergebnis der öffentlichen Abwasserbeseitigung für die zurückliegenden Jahre 2009/2010, die Nachkalkulation für 2011 sowie die daraus resultierenden Vorschläge für die gleich bleibenden Gebührensätze 2012 vor. Er weist ergänzend darauf hin, dass es bei der vorgesehenen schrittweisen Einführung der Regiekosten bei der dezentralen Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser ab 2013 zu einer Gebührenerhöhung von 5 Euro je cbm kommen kann.

Frau Lamers begrüßt, dass es erneut gelungen ist, die Gebührensätze konstant zu halten, ohne dabei den mittelfristigen Abbau vorhandener Überschüsse beziehungsweise Defizite aus den Augen zu verlieren.

Herr Segebade signalisiert ebenfalls Zustimmung, hinterfragt jedoch, ob und inwieweit in naher Zukunft größere Investitionen anstehen.

Herr Henkel erläutert, dass im Haushaltsplan 2012 Planungskosten für eine Klärschlamm-fermentation veranschlagt worden sind, die nach derzeitiger Planung in 2013 errichtet werden soll.

Auf Nachfrage von Herrn Köver berichtet Herr Dudek, dass bei der dezentralen Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser die Abwassermenge seit 2005 relativ konstant ist, was unter anderem auch zu der seit 2007 konstanten Gebühr geführt hat.

**Beschlussempfehlung:**

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2012 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers  
/ Fäkalschlamm 63,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers  
/ Fäkalschlamm 52,50 €

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:



**Tagesordnungspunkt 6**

**Gebührensatzsatzung 2012 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung**  
**Vorlage: 2011/173**

**Sitzungsverlauf:**

Keine Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2011/173 beigefügte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 7**

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012**

**Vorlage: 2011/190**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Dudek stellt anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist, den ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf 2012 vor. Er erläutert, dass der Ergebnishaushalt zum jetzigen Zeitpunkt ausgeglichen ist, der Finanzhaushalt im Bereich laufende Verwaltung in der Lage ist, die ordentliche Tilgung zu erwirtschaften, Kredite von voraussichtlich rund 7,21 Mio. Euro benötigt werden und Investitionen in Höhe von 12,26 Mio. Euro vorgesehen sind. Er weist ergänzend ausdrücklich darauf hin, dass der Haushalt zwar ausgeglichen ist, jedoch die Einnahmen ausgeschöpft, der Haushalt unterfinanziert und eigentlich dringender Anpassungsbedarf besteht. Darüber hinaus hat Landrat Bensberg in der jüngsten Zusammenkunft der Ammerländer Hauptverwaltungsbeamten bereits mitgeteilt, dass auch der Landkreis unterfinanziert ist und eine Anhebung der Kreisumlage um 3 Prozentpunkte wünschenswert sei. Ob und inwieweit die Anhebung in diesem Maße erfolgt, bleibt abzuwarten, gleichwohl würde eine Anhebung der Kreisumlage dazu führen, dass der Haushalt in der vorliegenden Form nicht beschlossen werden könnte, sondern korrigiert werden müsste. Herr Dudek appelliert abschließend an die Kommunalpolitik, in den Fraktionen relativ kurzfristig strukturelle Überlegungen und Entscheidungen für die Haushaltsplanung 2013 anzustellen beziehungsweise herbeizuführen, da sich mit der bisherigen Haushaltsplanung der Haushalt 2013 mit Sicherheit nicht ausgleichen lässt (siehe entsprechende Ausführungen in der Anlage).

Herr Ahlers bemerkt, dass die Ausführungen sehr nachdenklich stimmen. Er gibt zu verstehen, dass dauerhaft nicht an der Unterhaltung der nachweislich guten Infrastruktur gespart werden darf.

Auf Nachfrage von Herrn Hillen hinsichtlich der Kosten für die Neugestaltung des Schulhofes Feldbreite erklärt Herr Henkel, dass es sich hier um eine im Frühjahr vorgestellte vorläufige Planung handelt, die im nächsten Schulausschuss im Bezug auf Umfang, Bauabschnitte und weiterer Details noch konkretisiert werden muss.

Frau Lamers weist darauf hin, dass es vor dem Hintergrund der Schuldenfreiheit und der erstklassigen Eröffnungsbilanz 2009 für die Politik paradox klingt, dass bei der aktuellen Haushaltsplanung derart massive Probleme auftreten. Sie betont, dass die Kommunalpolitik nicht nur bei einer möglichen Erhöhung der Kreisumlage gefordert ist, sondern sich für die Zukunft grundsätzlich neu aufstellen muss. Dessen ungeachtet legt sie dar, dass bereits die anstehende Beratung in den Fachausschüssen mit viel Weitsicht und Fingerspitzengefühl erfolgen muss.

Herr Segebade dankt ebenso wie seine Vorredner der Verwaltung für die umfangreiche Zusammenstellung des Zahlenmaterials. Hinsichtlich des Investitionsprogrammes macht er deutlich, dass große und zugleich wichtige Investitionen wie etwa der Neubau der Krippe in Hahn-Lehmden, der Sportplatzbau in Rastede und die weitere energetische Sanierung der gemeindlichen Gebäude Priorität genießen müssen.

Auf Nachfrage von Herrn Segebade erläutert Herr Unnewehr, dass der jährliche Ansatz für die bauliche Unterhaltung im Schnitt bei 1,2 Prozent des Wiederbeschaffungszeitwertes der Gebäude liegt.

Herr Köver legt dar, dass man bei steigenden Kosten und Ausgaben mittelfristig auch über die Einnahmesituation nachdenken muss, um einen Handlungsspielraum zu behalten. Er erinnert daran, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits vor Jahren aus ökologischen Motiven und Gründen der Gleichbehandlung eine Oberflächenentwässerungsgebühr beantragt hat, die aber von den übrigen Fraktionen stets abgelehnt wurde.

Auf Nachfrage von Herrn Köver erklärt Herr Henkel, dass der Ansatz für die Vergnügungssteuer der aktuellen Sollstellung entspricht. Der Ansatz und die Sollstellung fallen höher aus, da mittlerweile in der Gemeinde Rastede einige zusätzliche Glücksspielgeräte betrieben werden.

Herr Köver hinterfragt vor dem Hintergrund des vorgesehenen Verkaufs einer Grundstücksfläche Am Palsterkiel, ob sich derartige Geschäfte für die Kommune auszahlen.

Herr Henkel macht deutlich, dass derartige Grundstücksgeschäfte nicht unter monetären Aspekten getätigt werden, sondern im engen Zusammenhang mit sogenannten Kompensationsgeschäften stehen, da verkaufsbereite Landwirte für künftiges Wohnbauland in der Regel Ersatzflächen benötigen, um den landwirtschaftlichen Betrieb aufrecht erhalten zu können.

**Beschlussempfehlung:**

Die Haushaltsplanung wird in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 8**

**Schließung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Langhorst schließt die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses um 17:42 Uhr.